

Ist China ein “Entwicklungsstaat”?

Überlegungen zur Funktion des gegenwärtigen Party-State

In der Politikwissenschaft wird häufig argumentiert, dass autoritäre Systeme per se ökonomisch ineffizient sowie nicht innovativ seien und keine Legitimität besäßen (Merkel 2009). Solche Systeme werden zudem klassifiziert als “inherently fragile because of weak legitimacy, overreliance on coercion, over-centralization of decision-making, and the predominance of personal power over institutional norms” (Nathan 2003). Nun findet unter politikwissenschaftlichen Chinaforschern seit rund einem Jahrzehnt eine breite Debatte darüber statt, weshalb, anders als in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern Osteuropas, die Macht der Kommunistischen Partei Chinas nicht kollabiert ist, das politische System sich vielmehr als relativ stabil erweist.

Doch welche Faktoren sind dafür ursächlich? Der US-amerikanische Politikwissenschaftler A. Nathan spricht von *resilient authoritarianism* und argumentiert, bei China handele es sich um ein “autocratic system responsive enough to societal demands to keep itself in power for a long time” (Nathan 2003: 6-17). B. Gilley konstatiert, Chinas politische Führung legitimiere sich durch kontinuierlichen institutionellen Wandel und politische Performanz (Gilley 2009). G. Sigley spricht von “regrouping of the party-state” (Sigley 2006: 487-508), D. Shambaugh von “atrophy and adaptation” des *party state* (Shambaugh 2008) und Heberer und Schubert machen dafür das Wirken “strategischer Gruppen” vor allem auf der lokalen Ebene verantwortlich (Heberer/Schubert 2012). Das Begriffsfeld „autoritäre Systeme“ ist analytisch gesehen wenig hilfreich. Und offensichtlich hat die Politikwissenschaft noch keine ausreichenden Instrumente und Kategorien entwickelt, um die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung und Stabilität von Ländern wie China differenzierter einordnen zu können.

Der vorliegende Beitrag greift das Konzept des „Entwicklungsstaates“ (*developmental state*) auf, um das Verhalten des chinesischen Staates besser erklären und verorten zu können. Dieses Modell wurde in den 1980er Jahren von Chalmers Johnson entwickelt und zunächst auf den japanischen Fall angewandt. Johnson argumentiert, dass in Ländern, in denen eine nachholende Industrialisierung stattfinde, der Staat letztlich als Entwicklungsmotor fungiere. Entwicklungsstaaten wurden als solche klassifiziert, in denen der Staat die makroökonomische Planung und Steue-

rung übernommen habe, kontinuierlich in die Wirtschaft interveniere und relativ autonom agiere (Johnson 1982). Das Konzept wurde später auf andere Länder in Ostasien übertragen (Südkorea, Taiwan, Singapur etc.).¹

China: Entwicklungsstaat mit einem “high modernism” Konzept²

Wir argumentieren, dass der chinesische Staat sich sowohl auf der zentralen als auch auf der lokalen Ebene als „Entwicklungsstaat“ klassifizieren lässt. Linda Weiss konstatiert, Entwicklungsstaaten zeichnen sich durch drei Kriterien aus: Setzung transformatorischer Entwicklungsrioritäten, Existenz einer Entwicklungselite und eine enge Interaktion von Regierung und Wirtschaft (Weiss 2000: 23). Diese Kriterien lassen sich durchaus verfeinern.

Bei Entwicklungsstaaten handelt es sich um „zweckorientierte“ Staaten“. Sie zeichnen sich aus durch die Übereinstimmung der politischen Elite im Hinblick auf nationale Ziele und deren Willen, das Land „top-down“ planmäßig zu entwickeln. Dabei verfügen diese Eliten zugleich über die Kapazität, diese Ziele ökonomisch, politisch und gesellschaftlich erfolgreich zu forcieren, auch gegen partikularistische Widerstände aus der Gesellschaft heraus. Sie intervenieren in effektiver Weise in die Wirtschaft, wobei eine starke Verflechtung zwischen Regierung und Unternehmen existiert. Zugleich verfügen sie über die Kapazität, im Hinblick auf Partikularinteressen sozialer Interessengruppen relativ autonom zu handeln (Evans 1995). Sie weisen von daher ein hohes Maß an Staatskapazität auf sowie ein relatives Maß an politischer Stabilität und Legitimität.

Der chinesische Staat erfüllt zweifelsohne diese Kriterien. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von rund zehn Prozent seit den 1980er Jahren wurde die Wirtschaft erfolgreich entwickelt. Er handelt zudem pragmatisch, indem er „traditionelle“ Organisationsmuster aufgibt, wann immer der Entwicklungsprozess es erfordert. So erklären sich unter anderem die Aufgabe der Direktivplanung und deren Ersetzung durch eine makroökonomische Indikativplanung, die Entwicklung und Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen oder die Aufgabe des „Klassencharakters“ der KPCh, wobei die KP argumentiert, dass sie nicht länger Klasseninteressen vertrete, sondern die Interessen des gesamten Volkes (Jiang 2001: 17-19).

Staatskapazität ist ein zentrales Merkmal von Entwicklungsstaaten. Bei der Durchsetzung seiner Entwicklungsziele erweist sich der chinesische Staat als ein starker Staat, der über die Kapazitäten verfügt, die Umsetzung seiner Politik lan-

1 Neuere Überblicke geben Woo-Cumings 1999 sowie Kohli 2004.

2 Der Begriff basiert auf dem Konzept von Scott 1998.

desweit zu steuern und durchzusetzen.³ Staatskapazität umfasst in dieser Hinsicht fünf Elemente:

- (a) *Transformatorische Kapazität*: das Vermögen, nationale Ziele in ein stringentes Entwicklungskonzept zu übertragen;
- (b) *Kapazität zu sozialer Regulierung und Kontrolle*;
- (c) *Durchsetzungskapazität*: die finanziellen und personellen Ressourcen sowie Instrumente zur landesweiten Durchsetzung zentraler Politik;
- (d) *Verhandlungskapazität*: das Vermögen, neue soziale Gruppen und Schichten, Interessenvereinigungen und -organisationen in Verhandlungsprozesse einzubeziehen und eine Balance zwischen Partikular- und den allgemeinen Interessen herzustellen;
- (e) *Lernkapazität*: die Fähigkeit zu Policy-Lernen und -Innovationen; und
- (f) *Legitimitätskapazität*: die Fähigkeit des politischen Systems, über politischen Output die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen.

Staatskapazität in diesem Sinne ist von entscheidender Bedeutung für die Implementierung eines effektiven Entwicklungsprogramms und für die Lösung innenpolitischer Probleme und Konflikte.

Doch nicht nur der Zentralstaat fungiert als Entwicklungsstaat, sondern auch der lokale Staat (Städte, Landkreise, Gemeinden). Letzterer hat nicht nur zentrale Entwicklungspolitiken umzusetzen, sondern erhielt – im Rahmen der allgemeinen Vorgaben höherer Ebenen – auch größere Selbstentscheidungsrechte im Hinblick auf effektive Politikimplementierung. Diese Implementierung soll sich an dem lokalen Umfeld und den lokalen Spezifika orientieren. Darüber sollen vornehmlich lokale Probleme gelöst und soziale Stabilität gewährleistet werden. Dabei setzt der zentrale Staat Anreize, die bewirken sollen, dass lokale Regierungen Innovationen im Policy-Bereich schaffen, das heißt in einzelnen Politik- und Entwicklungsfeldern Modelle entwickeln und Policy-Experimente durchführen.⁴ Diese Anreize werden primär durch ein Evaluierungs- und Wettbewerbsverfahren geschaffen, das Modelle und Experimente positiv bewertet. Eine positive Evaluierung wiederum ist Voraussetzung für Beförderung und die weitere Karriere von Führungskadern. Von höheren Verwaltungsebenen geht von daher ein signifikanter Druck aus, dass lokale

3 Dem Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung von 2012 zufolge nahm China im Hinblick auf politische Reformen den 113. Platz unter 128 Staaten ein, hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungskraft indessen den ersten Platz; <http://www.bti-project.de/index/status-index> (Stand: 22.2.2013).

4 Über Policy-Experimente siehe Heilmann 2008: 1-30.

Führungen solche Modelle und Experimentierfelder entwickeln, wobei höhere Organe den Modellcharakter eines Ortes regelmäßig evaluieren und überprüfen.⁵

In den Landkreisen und Städten, in denen der Autor seit 2009 Feldforschung durchgeführt hat, waren unter anderem folgende Policy-Modelle entstanden: Kreis *Meitan* (Provinz Guizhou): Modell für die Entwicklung von Agrotourismus; *Deqing* (Provinz Zhejiang): nationaler ökologischer Modellkreis; *Shouguang* (Provinz Shandong): Modellkreis für ökologische Landwirtschaft; Kreis *Xifeng* (Provinz Guizhou): Modell für „roten Tourismus“; *Suining* (Provinz Sichuan): Modell für religiösen Tourismus; *Nanfeng* (Provinz Jiangxi): Modellkreis für Aufforstung; *Jiangyin* (Provinz Jiangsu): Modell für den „Aufbau einer glücklichen Gesellschaft“; *Shiquan* (Provinz Shaanxi): Modell für die Sicherstellung von Schulbildung für zurückgelassene Kinder von Wanderarbeitern; Kreis *Meigu* (Provinz Sichuan): Modell für ökonomische Nutzung und Erhalt der traditionellen Bimo-Kultur.⁶

Dies sind nur einige wenige Beispiele, die verdeutlichen, dass die Entwicklung eines Landkreises bzw. einer Stadt primär auf den lokalen Gegebenheiten und Ressourcen basieren und lokale Entwicklungsdesigns konzipieren soll.

Die Modellbildung schlägt sich zugleich in Wirtschaftsstrukturmodellen nieder. Im Verlauf eines Feldforschungsaufenthaltes im Spätsommer 2012 ließen sich in Südchina beispielsweise vier „Modelle“ ökonomischer Entwicklung identifizieren:

1. Das *Perflussdelta*-Modell: Wachstum primär basierend auf Auslandsinvestitionen.
2. Das *Südjiangsu*-Modell: starke Verflechtung von lokalen Regierungen und lokalen Privatunternehmen (bei dem Gros der privaten Unternehmer handelte es sich um ehemalige Manager kollektiver Dorf- und Gemeindeunternehmen, die Ende der 1990er Jahre privatisiert worden waren; entsprechend hoch war der Anteil der Parteimitglieder unter ihnen, mit engen Verbindungen zur lokalen Bürokratie); die lokale Regierung ist verantwortlich für Struktursteuerung und Krisenmanagement.
3. Das *Jinjiang*-Modell: basierend auf einer engen Verflechtung von einheimischen Privatunternehmern, die sich über Kleinbetriebe zu größeren Unternehmen entwickelt haben, überwiegend keine Parteimitglieder, aber gleichwohl sehr eng mit der lokalen Bürokratie verflochten sind; auch hier ist die lokale Regierung verantwortlich für Struktursteuerung und Krisenmanagement.

5 Vgl. Renmin Ribao [Volkszeitung], 6.9.2011, sowie Interview mit einem Vizeparteisekretär, Jiangyin, 15.8.2011.

6 Bimo sind Priester und Schamanen der Yi-Nationalität.

4. Das *Wenzhou*-Modell: charakterisiert durch intensive Exportproduktion lokaler Privatunternehmer; die Steuerungsrolle der lokalen Regierung ist eher gering. Die *lokalen* Regierungen steuern die lokale Entwicklung vornehmlich durch Instrumente wie die Restrukturierung des Industriesektors (Branchensteuerung), Förderung der Höherstufung von Produkten und Technologien; Steuerung der Industrieansiedlung durch die Vergabe bzw. den Entzug von Boden; Unterstützung von Unternehmen beim Zugang zu Krediten und Investitionskapital; Steuerreduzierungen im Fall von Innovationen und der Entwicklung von Markenprodukten; Verschärfung von Umweltstandards bei Industrieansiedlungen; Verbesserung der lokalen Infrastruktur und Bereitstellung öffentlicher Güter sowie von Marktinformationen. „Die Regierung verwaltet nicht mehr die Betriebe“, erklärte ein lokaler Vizebürgermeister, „sondern hat in erster Linie das Geschäfts- und Entwicklungsumfeld des Landkreises zu optimieren“.⁷ Lokale Regierungen sind heute primär damit beschäftigt, die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmen auf dem Welt- und dem Binnenmarkt zu verbessern und ein effektiveres Verwaltungssystem zu etablieren. Die Unternehmer (ob Parteimitglieder oder nicht) suchen enge Beziehungen zu den lokalen Verwaltungen, von denen sie politische Protektion und Unterstützung erwarten. Unsere Untersuchungen haben verdeutlicht, dass sie mit den lokalen Regierungen vorrangig auf individueller Ebene kommunizieren und zusammenarbeiten.

Das Bemühen des Entwicklungsstaates um Stabilität

Aus der Entwicklungspolitik wissen wir, dass Entwicklungsstaaten sich keineswegs „harmonisch“ entwickeln. Modernisierungsprozesse führen unweigerlich zu Konflikten, vor allem unter Bedingungen autoritärer Staatsstrukturen, fehlender Checks and Balances und der mangelnden Institutionalisierung und Umsetzung von Rechten und Gesetzen. Diese „Dialektik der Moderne“ (Habermas) hat der Ende 2008 verstorbene US-Politologe Samuel Huntington in seinem Standardwerk „Political Order in Changing Societies“ bereits in den 1970er Jahren analysiert und Konfliktstrukturen benannt, die sich im Verlauf von Modernisierungsprozessen ergeben und zunächst Destabilisierung bewirken. Dazu gehören die Auflösung traditioneller Sozialstrukturen (Familien, Klassen, Clans, Dorfgemeinschaften); die Entstehung einer Schicht von Neureichen, die aufgrund ihrer ökonomischen Stellung auch nach politischer Macht streben; die Zunahme räumlicher Mobilität und rascher Migration vom Land in die Städte; die Ausweitung der Divergenz zwischen arm und reich; die

7 Interview, Jinjiang, 6.9.2012.

Hebung des Bildungsniveaus und des Zugangs zu Massenmedien, die Erwartungen wecken, die nicht zu befriedigen sind; die Verschärfung regionaler und ethnischer Konflikte über die Allokation von Investitionen und Konsumgütern sowie das wachsende Vermögen zu Gruppenorganisation und folglich zu einer Stärkung von Gruppenansprüchen gegenüber der Regierung, die Letztere nicht zu erfüllen vermag. Materielle Besserstellung, so Huntington, werde von sozialer Frustration begleitet (Huntington 1996: 49 f.). Genau dies ist in China eingetreten.

Die politische Führung räumt von daher der „Stabilisierung“ des Entwicklungstaates oberste Priorität ein. Der Stabilitätsbegriff orientiert sich dabei an dem Begriff der (politischen) Systemstabilität, das heißt, dass ein System in der Lage ist, im Fall von Störungen zu einem Gleichgewichtszustand zurückzukehren und dass Legitimität, soziale Ordnung und Kontinuität sichergestellt werden können (Deng/ Xu/Shen 1998). Legitimität, die Anerkennung und Akzeptanz der Rechtmäßigkeit einer Herrschaft bzw. eines politischen Systems, ist ein zentraler Faktor für Stabilität. Nach den Erfahrungen der politischen Wechselbäder nach 1949 sind die Menschen in China primär an Wohlstand, an sozialer und politischer Sicherheit interessiert und nicht an politischen Experimenten oder radikalem politischem Wandel. Die rasche Überwindung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 durch spezifische Steuerungsprogrammen hat die Legitimität der Regierung überdies gestärkt. Im Bewusstsein der Bevölkerung wächst allerdings das Gefühl sozialer Instabilität, gekennzeichnet durch wachsende Ungleichheit und soziale Unsicherheiten, Korruption und die Auflösung traditioneller Gemeinschaften. Daher versucht die politische Führung, die Partei immer wieder als zentralen Garanten von Stabilität darzustellen, zumal deren Netz flächendeckend das gesamte Land überspannt und die KP so landesweit in Prozesse zu intervenieren vermag.

Stabilität und Legitimität sind entscheidende Attribute von Entwicklungstaaten. Wir argumentieren in diesem Sinne, dass die zentrale politische Führung Chinas einen relativ hohen Grad an Legitimität aufweist und dass das politische System relativ stabil zu sein scheint. Stabilität meint hier die Fähigkeit eines Systems, seine Institutionen und Strukturen an Wandlungsprozesse anzupassen und Krisen dergegen zu lösen, dass sie dem System zugutekommen.

Die relative Stabilität des chinesischen Systems ruht auf vier Säulen: 1) einem erfolgreichen ökonomischen Entwicklungsprozess, 2) der institutionellen Anpassungsfähigkeit und Staatskapazität, 3) Legitimität und 4) politischen Technologien, die in den Funktionären einen „Willen zur Entwicklung“ hervorrufen (über Evaluierungs- und Disziplinierungsverfahren) (Li 2007). Diese vier Säulen wiederum sind eingebettet in einen „starken Staat“, der sich auf eine autoritätsorientierte politische

Kultur stützen kann. In diesem Sinne ließe sich von einer „autoritären Konsolidierung“ sprechen.⁸

Ähnliches gilt für Legitimität. Forschungsergebnisse chinesischer und westlicher Wissenschaftler verdeutlichen, dass eine beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung das politische Regime unterstützt.⁹ Diese Unterstützung basiert auf erfolgreicher ökonomischer Entwicklung, der Kapazität nationale Ziele zu verwirklichen wie die Wiedervereinigung mit Hongkong, Macao und (zukünftig) auch mit Taiwan sowie der Schaffung eines “starken” China, das auf Augenhöhe mit den USA stehen soll, der Aufrechterhaltung einer friedlichen und stabilen politischen Ordnung und der Überzeugung, dass die Kommunistische Partei China vor einem ähnlichen Schicksal wie dem der Sowjetunion bewahrt. Allerdings handelt es sich im Falle Chinas nicht um eine Input-Legitimität im Sinne der Partizipation und Politikbeeinflussung durch gesellschaftliche Akteure, sondern um Output-Legitimität im Sinne von Nützlichkeit für die Gesellschaft.¹⁰

Langfristig jedoch bietet Wirtschaftswachstum allein keine Garantie für dauerhafte Stabilität und Legitimität. Die KP-Führung ist sich durchaus bewusst, dass sie ihre Legitimität einbüßen wird, wenn sie ihre Regierungstätigkeit nicht verbessert.¹¹ Aus diesem Grund hat die KPCh sich vor einigen Jahren ein neues Ziel gesetzt: Schaffung einer harmonischen Gesellschaft und „harmonische Legitimierung“ durch stärkere Ausrichtung der Politik auf die sozial Schwachen und mittelfristige Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten.¹²

Während Stabilität und Legitimität der KP-Herrschaft auf einem spezifischen Entwicklungskonzept (Entwicklungsstaat) beruhen, wächst die Forderung nach „politischen Reformen“ (Bai 2012). Kurz- und mittelfristig ist damit kein Systemwechsel gemeint, sind es nicht die „großen“ Reformen wie die Schaffung eines unabhängigen Rechtssystems oder von Gewaltenteilung, sondern Maßnahmen zur politischen Institutionalisierung und zur Verbesserung von Governance. Zhao spricht von einer „Effizienz getriebenen“ politischen Reform in China, womit die Verbesserung der Effizienz des gegenwärtigen Systems im Interesse ökonomischer

8 Davon spricht der Politikberater Robert A. Kagan (2008).

9 Vergleiche zum Beispiel Gilley 2009; siehe auch Gilley/Holbig 2009 (339-358) und Schubert 2008 (191-204).

10 Dazu Scharpf 1999: 17 f.

11 Vergleiche den Bericht von Hu Jintao auf dem 18. Parteitag der KPCh im November 2012: http://www.china.org.cn/china/18th_cpc_congress/2012-11/16/content_27137540_12.htm (Stand: 22.2.2013).

12 Der Beschluss des Staatsrats zur Umsetzung des Programms: http://www.gov.cn/zwgk/2013-02/05/content_2327531.htm (Stand: 22.2.2013).

und sozialer Entwicklung gemeint ist (Zhao 1997: 13-21). Dies bezieht sich gegenwärtig auf die Herstellung größerer Transparenz der Partei- und Regierungstätigkeit sowie der Einkünfte von Funktionären und ihrer Familien, ein größeres Maß an Partizipation durch Ausweitung von „*Checks and Balances*“ durch die Bürger, rigidere Evaluierung der Tätigkeit von Funktionären auf allen Ebenen sowie die notwendige Umsetzung bestehender Gesetze zum Schutz von Individuen gegenüber staatlicher Willkür.

Ein Kollaps des Entwicklungsstaates würde – vor allem auch unter den schwierigen Bedingungen des Transformationsprozesses, widerstreitender Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen und Regionen sowie fehlender Voraussetzungen – wohl kaum zu einem geordneten Übergang zu einem stabilen demokratischen System führen. Der Transformationsprozess ist extrem schwierig und komplex, es existieren konfliktäre Interessensunterschiede zwischen Regionen, Schichten und Interessenkoalitionen und es fehlen die institutionellen und kognitiven Voraussetzungen für einen stabilen Systemwechsel. Dieser kognitive Aspekt wird in der Diskussion über den Wandel in China kaum thematisiert. Die jüngere Entwicklung in anderen Weltregionen (arabische Länder, Afghanistan) verdeutlicht, dass Demokratie nicht einfach „eingeführt“ werden kann und nicht lediglich die Einführung demokratischer Institutionen bedeutet. Es bedarf zugleich kognitiver Voraussetzungen, um demokratische Strukturen und Institutionen zu entwickeln und zu stabilisieren. Dazu gehört das, was der polnische Soziologe Piotr Sztompka „zivilisatorische Kompetenz“ genannt hat (Sztompka 1993: 88 f.). Dies umfasst nicht nur zivilgesellschaftliches Denken und Verhalten sowie Rechtsbewusstsein. Vor allem ist damit das Entstehen von „Bürgern“ mit gesellschaftsorientiertem Bewusstsein und sozialer Verantwortung gemeint. Gemeint ist auch, dass ein Staat und seine Bürger Empathie im Hinblick auf abweichende Meinung und politische Kritik entwickeln und sich bemühen, soziale Konflikte friedlich zu lösen.

Fazit

Der US-Politologe J. S. Migdal hat gezeigt, dass Staaten als „politische Architekten“ fungieren können, wenn Strukturen einer Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt sind und ein starker Entwicklungsstaat einer noch relativ schwachen Gesellschaft gegenübersteht (Migdal 1988). Genau diese Rolle scheint der Parteistaat einzunehmen. Von daher ist der chinesische Staat auch nicht einfach nur eine „Entwicklungsdictatur“, sondern eine Entwicklungsagentur mit „infrastruktureller Macht“. Letzteres bezieht sich unter anderem auf die Kapazität zur Durchsetzung seines Entwicklungs- und Modernisierungskonzeptes, die Kapazität zur Generierung von

Finanzressourcen, und effektive Regierungsinstrumente (Mann 1993). Dies verlangt mehr als autoritäre Durchsetzungsmechanismen, nämlich die zunehmende Einbeziehung sozialer Gruppen in Verhandlungs- und Mitgestaltungsprozesse und ein entsprechendes Institutionenengefüge: Institutionenaufbau durch den Staat, der als politischer Unternehmer auftritt und zielstrebig die Modernisierung der Nation verfolgt. Genau das ist die Aufgabe eines Entwicklungsstaates. Er fungiert als politischer Unternehmer, der die Modernisierung des Landes „top-down“ zweckgerichtet verfolgt, zugleich aber über die Fähigkeit verfügen muss, seine Institutionen erfolgreich an Wandlungsprozesse anzupassen.

Literatur

- Bai, Tiantian*, 2012: Survey shows most support steady reform, Global Times, 7.11.2012.
- Deng, Weizhi/Xu, Juezai/Shen, Yonglin*, 1998: Biange shehui zhong de zhengzhi wending [Politische Stabilität von Gesellschaften im Wandel], Shanghai.
- Evans, Peter*, 1995: Embedded Autonomy: States and Industrial Transformation, Princeton.
- Gilley, Bruce*, 2009: The Right to Rule: How States Win and Lose Legitimacy, New York.
- Gilley, Bruce/Holbig, Heike*, 2009: The Debate on Party Legitimacy in China: A Mixed Quantitative/Qualitative Analysis, in: Journal of Contemporary China 18 (59), 339-358.
- Heberer, Thomas/Schubert, Gunter*, 2012: County and Township Cadres as a Strategic Group. A New Approach to Political Agency in China’s Local State, in: Journal of Chinese Political Science 17 (3), 221-249.
- Heilmann, Sebastian*, 2008: From Local Experiments to National Policy, in: The China Journal 59, 1-30.
- Huntington, Samuel P.*, 1996: Political Order in Changing Societies, New Haven/ London (2. Aufl.).
- Jiang, Zemin*, 2001: Zai qingzhu Zhongguo Gongchandang chengli bashi zhounian dahuishang de jianghua [Rede anlässlich der Feier des 80. Jahrestages der Gründung der KPCh], in: Yiting He (Hrsg.), Xuexi Jiang Zemin “qi yi” jianghua pudaowenda [Fragen und Antworten zum Studium der Rede Jiang Zemins am 1. Juli 2001], Beijing, 17-19.
- Johnson, Chalmers*, 1982: MITI and the Japanese Miracle, Stanford.
- Kagan, Robert A.*, 2008: The Return of History and the End of Dreams, New York.

- Kohli, Atul*, 2004: State-Directed Development: Political Power and Industrialization in the Global Periphery, Cambridge.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan*, 2010: Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War, Cambridge.
- Li, Tania Murray*, 2007: The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics, Durham/London.
- Mann, Michael*, 1993: The Sources of Social Power, Volume II: The Rise of Classes and Nation-States, Cambridge.
- Merkel, Wolfgang*, 2009: Systemtransformation, Wiesbaden.
- Migdal, Joel S.*, 1988: Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton.
- Nathan, Andrew J.*, 2003: Authoritarian Resilience, in: *Journal of Democracy* 14 (1), 6-17.
- Scharpf, Fritz W.*, 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt a. M.
- Schubert, Gunter*, 2008: One-Party Rule and the Question of Legitimacy in Contemporary China: preliminary thoughts on setting up a new research agenda, in: *Journal of Contemporary China* 17 (54), 191-204.
- Scott, James*, 1998: Seeing like a state. How certain schemes to improve the human condition have failed, New Haven/London.
- Shambaugh, David*, 2008: China's Communist Party: Atrophy and Adaptation, Berkeley.
- Sigley, Gary*, 2006: Chinese governmentalities: government, governance and the social market economy, in: *Economy and Society* 35 (4), 487-508.
- Sztompka, Piotr*, 1993: Civilisational incompetence: the trap of post-Communist societies, in: *Zeitschrift für Soziologie* 2, 88-89.
- Weiss, Linda*, 2000: Developmental states in transition: adapting, dismantling, innovating, not 'normalizing', in: *The Pacific Review* 13 (1), 21-55.
- Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.)*, 1999: The Developmental State, Ithaca.
- Zhao, Suisheng*, 1997: Political reform and changing one-party rule in Deng's China, in: *Problems of Post-Communism* 44 (5), 13-21.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Thomas Heberer
Universität Duisburg-Essen
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Lehrstuhl Politikwissenschaft Schwerpunkt Politik Ostasiens
Lotharstr. 65
47057 Duisburg
E-Mail: thomas.heberer@uni-due.de